

INHALT

I. Erdogan zu Gast bei Merkel: Viel Lob für die türkische Wirtschaft – Dissens beim EU-Beitrittsprozess	2
II. Merkels Nahostreise: Politik der kleinen Schritte	3
III. SPD-Chef Beck schlägt Verhandlungen mit Taliban vor	4
IV. Innenminister Schäuble will schärfere Sicherheitsbestimmungen im Kampf gegen Terrorismus	5
V. Muslimische Verbände gründen Dachorganisation	5
VI. Schleswig-Holsteins Innenminister fordert doppelte Staatsbürgerschaft	6
VII. Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren 2,4 Prozent Wachstum für 2007	7
VIII. Europa und USA reformieren Handelsbeziehungen	8
IX. Firmennachrichten	9
X. Politische Agenda April	10

TÜSIAD – VERBAND TÜRKISCHER INDUSTRIELLER UND UNTERNEHMER**TÜSIAD DEUTSCHLAND DIREKTORAT****März 2007**

I. Erdogan zu Gast bei Merkel: Viel Lob für türkische Wirtschaft, Dissens beim EU-Beitrittsprozess

Der türkische Premierminister Recep Tayyip Erdogan traf sich mit Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich der Hannover-Messe, bei der die Türkei in diesem Jahr Partnerland war. Keine Annäherung gab es bei der Forderung Erdogans nach einem Zieldatum für den Beitritt der Türkei. Erdogan nannte in der **Süddeutschen Zeitung** 2013, 2014 oder 2015. Erdogan sagte, die Kanzlerin habe dazu nicht Stellung genommen. Die EU-Kommission und im EU-Parlament lehnten ein Zieldatum ab. Matthias Wissmann (CDU), Vorsitzende des Europaausschusses des Bundestags sagte: "Eine zeitliche Festsetzung läuft dem Grundprinzip der Verhandlungen nämlich der vollständigen Umsetzung der EU-Gemeinschaftsregeln - zuwider und schadet damit dem Beitrittsprozess und der Glaubwürdigkeit der EU.

In einem **Spiegel**-Interview äußerte sich Erdogan sich enttäuscht über die deutsche Ratspräsidentschaft, insbesondere die Nichteinladung zum 50. Jahrestag der EU. Im Gespräch mit Merkel nahm Erdogan die Kritik ein Stück weit zurück. Er habe nicht gewusst, dass über die Einladungen bereits vor der deutschen Ratspräsidentschaft entschieden worden sei. Gleichwohl hätte Deutschland die Beitrittskandidaten wie die Türkei einladen können.

Sehr positiv beschrieben die beiden Politiker die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Türkei. Bei der Eröffnungsfeier der weltweit größten Industriemesse hoben Erdogan und Merkel die Bedeutung der wechselseitigen Handelsbeziehungen und die Brückenfunktion der in Deutschland lebenden Türken hervor. Merkel würdigte die Reformanstrengungen und wirtschaftlichen Erfolge der Türkei in den vergangenen Jahren. Dass die Türkei auf der diesjährigen Hannover Messe mit 270 eigenen Ausstellern Partnerland sei, zeige, "wie gut die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen sind", sagte die Kanzlerin.

Rund 2700 deutsche Firmen investieren in der Türkei, so viele wie aus keinem anderen Staat. Das Handelsvolumen zwischen den beiden Staaten kletterte laut der deutsch-türkischen Handelskammer in Istanbul seit 2002 von zehn auf zuletzt 23 Mrd. Euro. Damit ist die Bundesrepublik der wichtigste Handelspartner der Türkei. Während die Türkei vor allem Kleidung, Autoteile und Elektroartikel sowie Lebensmittel nach Deutschland verkaufen, stammen die deutschen Exporte vor allem aus den Branchen Maschinenbau, Automobil und Chemie.

Die türkische Wirtschaft wuchs im letzten Jahr um sechs Prozent und verdrängte mit einem Bruttoinlandsprodukt von 400 Milliarden Dollar Belgien von Platz 17 der größten Volkswirtschaften. Das Pro-Kopf-Einkommen hat sich von 2598 Dollar im Jahr 2002 auf 5477 Dollar mehr als verdoppelt, die Exporte wuchsen 2006 um 20 Prozent. Der Boom bescherte der Türkei erstmals in ihrer Geschichte einen ausgeglichenen Haushalt. Das Potential der türkischen Wirtschaft belegt

auch die Studie "Megatrends der globalen Weltwirtschaft" der Deutschen Bank, die die Türkei als eines der fünf größten Gravitationszentren der Weltwirtschaft identifiziert.

Mit Süddeutsche Zeitung & Spiegel

Die Medien nahmen die Hannover-Messe zum Anlass, um über die positive Wirtschaftsentwicklung in der Türkei zu berichten. Die **Berliner Zeitung** schreibt: „Während Europas Politiker zögern und nicht so recht wissen, ob sie die Türkei in die EU aufnehmen wollen, haben Unternehmen längst Fakten geschaffen. Seit Jahren erlebt das Land einen Aufschwung sondergleichen. Und Europas Wirtschaft, vor allem die deutsche, ist entschlossen, davon zu profitieren. Alle Welt redet von China, Indien und Russland - doch auch am Bosphorus herrscht Goldgräberstimmung“.

Die **Süddeutsche Zeitung** betont die politische Stabilität als einen Grund des Erfolgs: „Zu den Vätern des Booms gehört aber auch die türkische Regierung, die stabilste seit langem. Sie hat seit ihrem Amtsantritt Ende 2002 mehr richtig als falsch gemacht. Der Abschied von ausgelagerten, korrupten Koalitionskabinetten, die sich Staatsbanken als Pfründe hielten, war lange überfällig, als Tayyip Erdogans wirtschaftsfreundliche Partei ihre Chance bekam. Seitdem haben Privatisierung, Bürokratieabbau und ein allgemeines Klima der gesellschaftlichen Liberalisierung über lange Zeit hinweg gefesselte Kräfte befreit. Nicht zu unterschätzen sind auch die Anstrengungen, die das Land als EU-Kandidat unternimmt. Gesetzliche Vorschriften werden entrümpelt, die Rechtssicherheit für Investoren vergrößert“.

Die **Wirtschaftswoche** hebt insbesondere die deutsch-türkischen Wirtschaftsbeziehungen hervor: „Deutsche Chefs loben den Eifer und die Lernfähigkeit türkischer Mitarbeiter (...). Auf türkischer Seite reicht die Sympathie für die deutschen Partner vom Industriearbeiter mit Verwandten in Duisburg bis zu Regierungschef Erdogan“.

II. Merkels Nahostreise: Politik der kleinen Schritte

Bundeskanzlerin Angela Merkel beschwor bei ihrem Besuch bei Israels Premierminister Ehud Olmert die „großen Chancen“, die sich durch das Engagement vor allem Saudi-Arabiens für den Nahost-Friedensprozess auftun: „Die Dinge sind in Bewegung gekommen“, sagte sie. Erzwingen könne Europa nichts, schon gar nicht im Alleingang, so die EU-Ratspräsidentin. Merkel will das „Momentum“ nutzen und die Konfliktparteien zum weiteren Dialog ermutigen.

Trotz des Beschlusses der EU-Außenminister, den Boykott gegenüber der palästinensischen Regierung aufzugeben und Kontakte zumindest zu den Ministern aufzunehmen, die nicht der Hamas angehören, traf sich Merkel ausschließlich mit Abbas. Ein Treffen mit dem neuen Finanzminister Salam Fajad oder dem ebenfalls zu den Moderaten gerechneten Außenminister Sejad Abu Amer hätte dem israelischen Premier Olmert nicht so gut gefallen, war aus Merkels Kreisen zu hören.

Mit Berliner Zeitung & Tagesspiegel

Verschiedene Kommentatoren kritisieren, dass Merkel nicht Vertreter der Palästinenser-Regierung oder der Hamas getroffen hat. Die **Frankfurter Allgemeine Zeitung** beklagt, dass zu einem Zeitpunkt, an dem die arabische Welt ein Gesprächsangebot gemacht habe, die Kanzlerin viel zu zurückhaltend gewesen sei. Es wäre gut gewesen, wenn sie, insbesondere in ihrer Eigenschaft als aktuelle EU-Präsidentin mit weiteren palästinensischen Politikern außer Abbas gesprochen hätte. Der mutige Schritt hätte austesten können, wie es um die Möglichkeiten eines Wandels der palästinensischen Politik steht.

Die **Berliner Zeitung** meint: „Angela Merkel hätte ihre Nahostreise besser aufgeschoben. Warum sollte ihr gelingen, was kurz zuvor der amerikanischen Außenministerin Condoleeza Rice mit ihrer Reisediplomatie nicht gelungen war? Die Friedensaussichten sind nicht besser als zuvor. Die Kampfahnen scharren noch im gleichen Sand, ihr lautes Krähen kündigt keine neue Morgenröte an, sondern nur den Stillstand in dem seit zwei Jahrzehnten so genannten Friedensprozess, der eher einem Stellungskrieg gleicht. So konnte auch Angela Merkel einige positive Sprüche von allen Beteiligten einsammeln, die aber nur bedeuten, dass die anderen schuld sind, wenn es nicht besser, sondern eher schlechter wird. (...) Da der gordische Knoten Nahost nicht mit Gewalt zerschlagen werden kann, bleiben nur Verhandlungen mit allen Beteiligten übrig - und zwar ohne Vorbedingungen, auch ohne die, an die sich Angela Merkel hält: nicht mit der Hamas zu reden. Die Initiative dazu kann nur aus Washington kommen und muss wohl auf die Zeit nach Bush warten“.

III. SPD-Chef Beck schlägt Verhandlungen mit Taliban vor

SPD-Chef Kurt Beck hat mit seinem Vorschlag für eine Afghanistan-Friedenskonferenz unter Einbeziehung der Taliban heftige Kritik der CDU auf sich gezogen. Beck hatte in Afghanistan dafür geworben, Friedenschancen „unter Einbeziehung von Taliban“ auszuloten und Deutschland als Konferenzort angeboten.

CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla sagte: „Die Vorstellung, die radikal-islamische Taliban nach Deutschland einzuladen, ist abstrus“. Deutschland habe „in der Welt eine große außenpolitische Reputation. Sie darf durch Profilierungsversuche eines Parteivorsitzenden nicht in Mitleidenschaft gezogen werden“. Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) verteidigte Beck. Die afghanische Regierung wolle „jene Kräfte stärker einbinden, die der Gewalt abschwören und sich konstruktiv gegenüber der Regierung verhalten“, sagte er dem **Tagesspiegel**. Beck habe deshalb darauf hingewiesen, dass Gesprächsforen in Deutschland zur Verfügung stünden, falls Kabul dies wünsche. „Mit diesem Hinweis bin ich sehr einverstanden“, sagte der Außenminister. Auch Volker Perthes, Leiter der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin, kann dem Beck-Vorstoß gute Seiten abgewinnen. Irgendwann werde man „nicht daran vorbeikommen, mit Teilen der Taliban zu verhandeln“. Es sei aber „eher die Karsai-Regierung, die mit ihnen verhandeln sollte“.

Mit Tagespiegel & Die Welt

IV. Innenminister Schäuble will schärfere Sicherheitsbestimmungen im Kampf gegen Terrorismus

Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) hat das Prinzip der Unschuldsvermutung im Kampf gegen den Terrorismus in Frage gestellt. "Der Grundsatz kann nicht für Gefahrenabwehr gelten", sagte er. Schäuble will den Ermittlungsbehörden im Kampf gegen Terroristen und Schwerverbrecher ermöglichen, Computer heimlich online zu durchsuchen. Die Fingerabdrücke aus biometrischen Pässen sollen nach seinen Vorstellungen künftig zentral bei den Meldebehörden gespeichert werden. Außerdem will Schäuble die Daten aus der Erhebung der Lkw-Maut für die Verbrechensbekämpfung nutzen und die Rasterfahndung einführen.

Justizministerin Brigitte Zypries (SPD) gehen die Vorstöße Schäubles zu weit. SPD-Chef Kurt Beck sagte: Was Herr Schäuble auf den Tisch gelegt hat, gefährdet die Balance zwischen Freiheit und Sicherheit“. Auch von der Opposition kam scharfe Kritik. Ex-Bundesinnenminister Gerhart Baum (FDP) nannte Schäubles Vorstoß "rechtsstaatlich ungeheuerlich". Er passe aber zu dessen sonstigen Plänen, die der massivste Angriff auf die Privatheit seien, den er je erlebt habe.

Die **Berliner Zeitung** kommentiert: „Hinter Schäubles Petition steht ein geschlossenes Konzept. Es basiert auf der klaren Analyse, dass Deutschland nach dem 11. September 2001 zu einem Teil des gemeinsamen Gefahrenraums in Europa geworden ist. Das gilt seit fast sechs Jahren unverändert. Der Innenminister verknüpft dies allerdings mit dem rechtskonservativen Staatsgedanken. Der Staat müsse in einer existenziellen Bedrohung in der Lage sein, für den Schutz seiner Bürger zu sorgen. Dabei habe er alles Menschenmögliche zu unternehmen. Die bisherigen Grenzen löst Schäuble auf. So gehen die Schlussfolgerungen, die der Minister daraus zieht, weit über das Modell eines starken Staates hinaus. Jeder einzelne seiner Vorschläge ist ein Baustein, mit dem der Staat in die Lage versetzt wird, die weitest reichende und umfassendste Sicherheit zu gewährleisten. Jedes einzelne Instrumentarium, das der CDU-Politiker den Sicherheitsbehörden im Anti-Terror-Kampf zur Verfügung stellen will, mag für sich genommen sinnvoll sein. In ihrer Gesamtheit münden sie nicht nur in einen Überwachungsstaat“.

Die **Rheinsche Post** schreibt: „Wenn Schäuble nun lax über die Unschuldsvermutung hinweggeht, gibt er eine neue Stilprobe ab. Auch bei der Gefahrenabwehr sollten konkrete Anhaltspunkte vorliegen, bevor man gegen jemanden ermittelt. Mancher mag da simpel einwenden: "Aber wer sich nichts vorzuwerfen hat, hat doch nichts zu befürchten". Korrekt. Nach dieser Maßgabe könnte man allerdings in Deutschland demnächst auch ein Verbot von Gardinen einführen“.

Das **Handelsblatt** zitiert eine Studie des Bundeskriminalamts, gemäß der gespeicherte Daten nur zur Aufklärung von 381 von insgesamt 6 Millionen Straftaten beitragen. Die geringe Zahl könne kaum als Rechtfertigung dienen, die Freiheitsrechte der Bürger derart einzuschränken.

V. Muslimische Verbände gründen Dachorganisation

Die vier größeren muslimischen Verbände in Deutschland – neben Ditib sind es Islamrat, Zentralrat der Muslime und der Verband der Islamischen Kulturzentren (VIKZ) – haben einen Dachverband gegründet, den „Koordinierungsrat der Muslime in Deutschland (KRM)“.

Seit sich der Dialog zwischen den staatlichen Ebenen – vor allem Bund und Ländern – und den Vertretern der Muslime verstetigt hat, gab es erheblichen Druck auf die Muslimvereinigungen, einen Ansprechpartner zu benennen. Intensive Gespräche über einen Dachverband wurden seit Anfang 2005 geführt. Das Bundesinnenministerium, das diesen Schritt von den muslimischen Verbänden seit langem gefordert hatte, begrüßte die Gründung des Koordinierungsrates. Dies sei ein "wichtiger und guter Schritt" im Dialog zwischen Staat und Muslimen, sagte ein Ministeriumssprecher. "Der Rat ist der zentrale Ansprechpartner, den die Politik immer gesucht hat", sagte Ayyub Axel Köhler, Vorsitzender des ZMD, der als erster Sprecher des Koordinierungsrates auftritt. Im sechsmonatigen Wechsel werden die Vorsitzenden der Mitgliedsverbände als Sprecher fungieren. Der Rat will sich unter anderem mit Fragen eines islamischen Religionsunterrichts beschäftigen.

Kritiker warnen davor, in dem Koordinierungsrat die Stimme der Muslime in Deutschland zu sehen, weil in den vier Verbänden nur ein Bruchteil der in Deutschland lebenden Muslimen organisiert sei. Die SPD-Abgeordnete Lale Akgün hält die Gründerverbände für sehr konservativ und fürchtet um liberale muslimische Ansichten. Ihr Grünen-Kollege Omid Nouripour bezweifelt sogar den Sinn eines Dachverbands: Der Islam sei vielfältig, der „permanente Ruf der Politik nach der einen Telefonnummer im Islam völlig kontraproduktiv.“ Die Islamismusexpertin Claudia Dantschke sagte: „Die Ditib gibt sich dafür her, anderen, undemokratischen Organisationen ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen“. Es sei nicht richtig, wenn der Dialogbeauftragte der Ditib, Dekir Alboga, sagt, Milli Görüs gehöre dem Rat nicht an. Über den Islamrat, in dem die islamistische Organisation ein bestimmendes Mitglied ist, sei Milli Görüs sehr wohl vertreten.

Die islamkritische Buchautorin Necla Kelek kritisiert in der **Süddeutschen Zeitung**: „Der Koordinierungsrat der Muslime vertritt vielleicht ein Zehntel der 3,2 Millionen Muslime in Deutschland. Er hat zudem ein demokratisches Legitimationsproblem. Es gibt innerhalb der Islamvereine keine transparente Willensbildung und keine Kontrolle. Die Vertreter der Ditib sind zudem Beamte des türkischen Staates, der AKP-Regierung in Ankara verpflichtet. Der Koordinierungsrat ist, salopp gesagt, eine Versammlung muslimischer Stammesführer. Er ist eine Fassade ohne Haus und nur so wichtig, wie wir ihn nehmen“.

Mit Tagesspiegel & Berliner Zeitung & Süddeutsche Zeitung

VI. Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner fordert doppelte Staatsbürgerschaft

Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner (SPD) forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, ihre Ablehnung der doppelten Staatsbürgerschaft zu überdenken. In der Bild am Sonntag sagte er: „Wer sich in Deutschland integriert, soll auch die Möglichkeit haben, die deutsche Staatsbürgerschaft zu erwerben – selbst wenn er dazu noch eine andere besitzt. Der Doppelpass wäre ein großer Anreiz für viele Zuwanderer, sich besser einzugliedern“. Der Doppelpass solle möglich sein für alle, „die mindestens sechs Jahre in Deutschland leben, über ordentliche Sprachkenntnisse verfügen, ein eigenes Auskommen haben und sich an unsere Gesetze halten.“

Der hessische Ministerpräsident Roland Koch wies den Vorstoß des schleswig-holsteinischen Innenministers Ralf Stegner zur doppelten Staatsbürgerschaft für integrierte Zuwanderer im

Grundsatz zurück. Die deutsche Staatsbürgerschaft sei nicht etwas, was man nebenbei habe, sagte Koch im ZDF. Deshalb könne die doppelte Staatsbürgerschaft auch nur eine Frage für Ausnahmen und nicht die Regel sein. Koch war es auch, der 1998 mit einer Unterschriftenaktion Stimmung gegen die von der rot-grünen Regierung geplante Reform des Staatsbürgerschaftsrechts machte. Die konservative Mehrheit im Bundesrat verhinderte die Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft.

Immer weniger Türken in Deutschland erwerben die deutsche Staatsbürgerschaft. Bewarben sich 1999 noch 103.000 Personen, waren es 2006 nur 44.000.

Mit Bild am Sonntag, ZDF und Deutsche Welle

VII. Wirtschaftsforschungsinstitute prognostizieren 2,4 Prozent Wachstum für 2007

Nach Einschätzung der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute setzt sich der Wirtschaftsaufschwung fort und bringt immer mehr Menschen Arbeit. Bis Ende 2008 werde die Zahl der Arbeitslosen um eine Million sinken, erwarten die Institute in ihrem Frühjahrgutachten für die Bundesregierung. Damit würde die Zahl erstmals seit 2001 im Jahresschnitt wieder unter der Vier-Millionen-Marke liegen. Die Wirtschaft werde in diesem und im kommenden Jahr um 2,4 Prozent wachsen, nach 2,7 Prozent im vergangenen Jahr.

Tritt die Vorhersage der Institute ein, wächst die deutsche Wirtschaft 2007 stärker als die der USA mit 2,3 Prozent. In ihrem Herbstgutachten hatten sie lediglich mit einem Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsproduktes um 1,4 Prozent gerechnet. Angesichts der optimistischen Zahlen hob auch Wirtschaftsminister Michael Glos (CDU) die Wachstumsprognose der Bundesregierung von 1,7 auf 2,3 Prozent an.

Zum Aufschwung trägt die Politik nach Meinung der Ökonomen nur wenig bei, die Erholung sei vor allem konjunkturbedingt. Positiv habe die moderate Lohnpolitik der vergangenen Jahre gewirkt, die der Wirtschaft im internationalen Wettbewerb geholfen habe. Sie warnten davor, nun eine "Nachschlagdebatte" zu führen. Den Spielraum für Lohnerhöhungen bezifferten sie mit 2,5 bis drei Prozent. Der guten Konjunktur könnten die Arbeitgeber in der aktuellen Tarifrunde mit Einmalzahlungen Rechnung tragen.

Die Institute forderten die Bundesregierung zu Steuersenkungen auf. Bei der Einkommensteuer seien diese "in absehbarer Zeit" erforderlich, um "heimliche Steuererhöhungen" auszugleichen, heißt es in dem Frühjahrgutachten. Sie begründeten dies damit, dass mit rascher wachsenden Einkommen die Steuerprogression voll greife. Abgesehen davon sollte es das Ziel der Finanzpolitik sein, mittelfristig die Lohn- und Einkommensteuer zu senken, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern. Eine Steuersenkung brachte auch Wirtschaftsminister Michael Glos (CSU) ins Gespräch. Allerdings lehnt Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) eine Senkung der Einkommensteuer in dieser Legislaturperiode ab. Die große Koalition habe sich zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes verpflichtet, weshalb es für weitere Steuersenkungen „keinen Spielraum“ gebe. Glos will das zum Thema im nächsten Bundestagswahlkampf machen. Auch die die SPD denkt

über sinkende Steuern für Arbeitnehmer nach 2009. Allerdings nur für Kleinverdiener, die den Eingangsteuersatz zahlen.

Spielraum für Steuersenkungen bietet die zunehmend bessere Kassenlage. Das Institut für Weltwirtschaft sagt für Bund, Länder und Gemeinden zusätzlich 20 Milliarden Euro voraus. Statt der bisher 514 Milliarden Euro könnten sich die Finanzämter dank der boomenden Konjunktur in diesem Jahr auf Steuereinnahmen von 534 Milliarden Euro einstellen, sagte der Finanzexperte des Kieler Instituts für Weltwirtschaft (IfW), Alfred Boss, dem "Handelsblatt". Für 2008 rechnen die Kieler Experten den Angaben zu Folge mit einem Anstieg der Steuereinnahmen um nochmals 20 Milliarden auf dann 554 Milliarden Euro. Die Defizitquote aller öffentlichen Kassen kann nach Meinung verschiedener Wirtschaftsforscher 2008 auf Null sinken. Damit wäre der Staatshaushalt erstmals seit vielen Jahren wieder ausgeglichen und es könnte zumindest theoretisch der Abbau der 1,5 Billionen Euro Schulden starten.

Mit Spiegel Online & Tagesspiegel & Handelsblatt & Süddeutsche Zeitung

VIII. Europa und USA reformieren Handelsbeziehungen

Die Europäische Union und die USA beschlossen bei einem Gipfeltreffen in Washington eine vertiefte Zusammenarbeit in der Wirtschafts- und Klimapolitik. US-Präsident George W. Bush, EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) als Ratspräsidentin hoben bei dem Treffen eine "Neue Transatlantische Wirtschaftspartnerschaft" aus der Taufe.

Das Abkommen soll Handelsschranken abbauen und die Märkte beiderseits des Atlantiks enger zusammenführen. Der stellvertretende US-Finanzminister Robert Kimmitt sagte dem "Handelsblatt": "Für die USA ist eine bessere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der EU von hoher strategischer Bedeutung." Sie sei angesichts des zunehmenden globalen Wettbewerbs überfällig. "Es gibt zu viele Reibungsverluste im transatlantischen Handel wegen widersprüchlicher Vorschriften und Regulierungen", kritisierte Kimmitt.

Seinen Optimismus für einen Durchbruch begründete der Minister damit, dass die EU und die USA bei ihren jährlichen Gipfeltreffen in Zukunft jedes Mal Rechenschaft ablegen müssten über die Fortschritte beim Abbau bürokratischer Hürden. Dies werde einen stark disziplinierenden Effekt haben und für den nötigen Druck sorgen. "Die Öffentlichkeit wird sehr genau beobachten, ob die neue Partnerschaft nur Gerede war oder ob wirklich gehandelt wird", betonte er.

In dem Entwurf für eine Abschlusserklärung heißt es ferner, die Sicherung der Energieversorgung und der Kampf gegen den Klimawandel seien zentrale Herausforderungen für die internationale Gemeinschaft. Sie erforderten ein "dringendes, nachhaltiges globales Vorgehen". Konkrete Zielvorgaben für den Ausstoß von Treibhausgasen, wie die EU sie bei ihrem Gipfeltreffen im März beschlossen hat, sind in dem Dokument allerdings nicht vorgesehen.

Mit Berliner Zeitung & Financial Times Deutschland

IX. Firmennachrichten

PPR kauft Puma

Eine der bekanntesten deutschen Marken wird französisch: Der traditionsreiche fränkische Sport- und Lifestyle-Konzern Puma wird vom französischen Luxusmodekonzern Pinault-Printemps-Redoute (PPR) übernommen, zu dem unter anderem schon die Marken Gucci und Yves Saint Laurent gehören.

Von den Tchibo-Erben Daniela und Günter Herz hat PPR in einem ersten Schritt 27,1 Prozent der Puma-Anteile für geschätzte 1,44 Milliarden Euro erworben. Den übrigen Puma-Aktionären legte PPR ein Übernahmeangebot in Höhe von 330 Euro je Anteilsschein vor. Puma-Chef Jochen Zeitz betonte, die Übernahme durch den französischen Konzern bringe Puma nur Vorteile. "PPR ist für uns der ideale Partner, um unsere führende Position auszubauen", sagte er. Es gehe nicht darum, die Kosten zu senken, sondern qualitative Vorteile zu erzielen. Durch die Übernahme werde deshalb kein einziger Arbeitsplatz bei Puma wegfallen.

Mit Berliner Zeitung

Daimler bereitet Trennung von Chrysler vor

Neun Jahre nach der Fusion zwischen Daimler und Chrysler bereitet der deutsche Autobauer offenbar die Trennung von seiner verlustreichen US-Tochter vor. Der Konzern verhandelt aktuell mit mehreren potenziellen Partnern. Zur unklaren Zukunft Chryslers sagte Zetsche, das Management halte sich alle Optionen offen und brauche nun viel Handlungsspielraum. Das Sanierungsprogramm mit dem geplanten Abbau von 13 000 Stellen bis 2009 in den USA und Kanada werde Chrysler bereits 2008 wieder in die Gewinnzone führen. Chrysler hatte 2006 einen Verlust von 1,1 Milliarden Euro eingefahren. Als Interessenten für eine Übernahme gelten der kanadische Autozulieferer Magna und die Finanzinvestoren Blackstone und Cerberus

Ein Verkauf wäre auch Eingeständnis eigenen Scheiterns. Der Fall zeigt aber, dass Konzerne nur durch Zukäufe nicht zwangsläufig zu globalen Spielern werden. Wenn Neuerwerbungen nicht wirklich zum Konzern passen, verlieren sie an Wert. In der Nutzfahrzeugsparte hat DaimlerChrysler zwar bewiesen, dass sich durch den Einbau gleichartiger Motoren viel Geld sparen lässt. In der Autosparte dagegen blieb eine solche zusätzliche Wertschöpfung weitgehend aus.

Mit Die Welt & Financial Times Deutschland

Siemens-Chef tritt zurück

Klaus Kleinfeld, Vorsitzender des Vorstands der Siemens AG, hat angekündigt, dass er für die Verlängerung seines Vertrages nicht zur Verfügung steht. Er begründete seinen Rückzug mit den Diskussionen über seine Vertragsverlängerung. Im Konzern geht man derzeit davon aus, dass der

Vorstandsvorsitzende seinen bis 30. September 2007 laufenden Vertrag noch erfüllen wird. Über einen Nachfolger wurde noch nicht entschieden. Die Führungskrise bei Deutschlands größtem Elektrokonzern erreicht damit nur wenige Tage nach dem Rücktritt von Aufsichtsratschef von Pierer einen neuen Höhepunkt.

Ursprünglich war fest mit einer Vertragsverlängerung Kleinfelds gerechnet worden. Kurz vor dem Termin für die Vertragsverlängerung plädierte Ackermann mit anderen Aufsichtsräten dafür, die Entscheidung zu verschieben, bis endgültig klar ist, dass Kleinfeld nicht in den Schmiergeldskandal hineingezogen ist. Kleinfeld nützte am Ende auch die guten Geschäftszahlen bei Siemens nichts mehr. Er hatte am Dienstagabend gute Geschäftszahlen vorgelegt. Der Gewinn stieg stärker als von Analysten erwartet um 36 Prozent auf 1,3 Mrd. Euro. Der Umsatz legte um zehn Prozent auf 20,6 Mrd. Euro zu.

Mit Financial Times Deutschland

X. Politische Agenda April

- 16.4. – 17.4. Europäische Handwerkskonferenz, Stuttgart
- 17.4. – 19.4. World Energy Dialogue auf der Energy 2007, Hannover
- 19.4. – 20.4. Informelles EU-Gesundheitsministertreffen, Aachen
- 19.4. EU-Ministerkonferenz erneuerbare Energien und Energieeffizienz, Berlin
- 19.4. PR Report Awards 2007, Berlin
- 20.4. – 21.4. Informelles EU-Wirtschafts- und Finanzministertreffen, Berlin
- 25.4. – 27.4. Deutscher Fundraising-Kongress, Fulda
- 26.4. – 28.4. Informelles EU-Ministertreffen Wettbewerbsfähigkeit, Würzburg

<p>V.i.S.d.P: TÜSIAD Berlin Office Märkisches Ufer 28 10179 Berlin berlinoffice@tusiad.org</p>
